

Neue Einnahmen.

Vom Abg. Dr. Otto Steinwender.

Die eben erfolgte Antikündigung neuer Steuern kommt nicht unerwartet, denn die Kriegsanleihen fordern ihre Verzinsung, und auf die Dauer darf man die Zinsen nicht zum Kapital schlagen und durch neue Verschuldung bedecken. Wir befolgen damit nur das Beispiel, mit dem, wie auch an erster Stelle des vorliegenden Blattes dargelegt, die andern Staaten vorangegangen sind, allerdings in einem weiten Abstand von England, das seine Jahreseinnahmen um 300 Millionen Pfund, gleich 6 Milliarden Mark, gesteigert hat, aber ungefähr in demselben Maß wie das Deutsche Reich oder wie Ungarn. Es sollen nämlich die Zinsen der eigentlichen Kriegsanleihen, nahezu 750 Millionen Kronen, durch neue Einnahmen hereingebracht werden. Mehreinnahmen ungefähr in derselben Höhe wurden wiederholt in Anregung gebracht, so vom Deutschen Nationalverband und auch an dieser Stelle. Vielleicht liegt zum Teil der Grund der Verzögerung in der durch unsere Verhältnisse gebotenen Ausschaltung des Parlaments. Weniger deshalb, weil die Bewilligung neuer Steuern als ein primäres Vorrecht des Parlaments betrachtet wurde, denn darüber mußte im Notfall hinweggegangen werden, als deshalb, weil Steuern, die ohne Parlament gemacht werden, eine Aenderung des Systems vermeiden, ohne die man schließlich doch das Auslangen nicht finden wird.

Ohne noch die Einzelheiten der geplanten Maßregeln zu kennen, werden wir daher heute schon sagen dürfen, daß wir von ihnen weder eine Vollständigkeit noch eine Aenderung des Systems erwarten dürfen. Dafür eignet sich nur die Zeit nach dem Krieg, denn dann erst werden wir den ganzen Umfang des Erfordernisses übersehen, und dann erst wird die Volksvertretung zu der Frage einer Systemänderung Stellung nehmen können. Heute kann es sich wohl nur darum handeln, die bestehenden direkten Steuern, die Verzehrungssteuern und die Gebühren auszubauen sowie die Staatsbetriebe und Monopole einträglicher zu gestalten. Von einer einmaligen Vermögensabgabe kann jetzt noch nicht die Rede sein, wahrscheinlich überhaupt von einer Vermögenssteuer nicht, noch weniger von neuen Monopolen oder von einer staatlichen Beteiligung an dem Gewinn von Syndikaten. Solche einschneidende Schritte lassen sich jetzt nicht machen, denn sie würden uns für die Zukunft binden, während Steuern, Gebühren, Tarife und Monopolpreise jederzeit wieder herabgesetzt, anders abgestuft werden können.

Wie aus dem gestern veröffentlichten offiziellen Communiqué bekannt wird, nur an der Gebäudesteuer, mit deren Höhe wir leider einzig dastehen, und an der Besoldungssteuer nicht gerührt, die andern direkten Steuern aber werden durch Zuschläge erhöht. Bei den Grundsteuern könnte ein Teil der Erhöhung in dem Befalle des 15prozentigen Nachlasses bestehen; der Effekt bliebe derselbe, nur würden Millionen von unnützen Rechnereien erspart werden. Bei der allgemeinen Erwerbsteuer wird von einem schablonenhaften Zuschlage abgesehen und eine Differenzierung unter schärferer Heranziehung der kapitalkräftigen Steuerträger verfügt. Dem Gebiete der allgemeinen Erwerbsteuer würde sich eine Aenderung des Systems unter Beseitigung der Kontingentierung und unter Jagrundelegung des tatsächlichen Ertrages empfehlen. Die Rentensteuer könnte mit wenigen Federstrichen vereinfacht, verallgemeinert und modernisiert werden. Den stärksten Mehrertrag wird jedenfalls die Einkommensteuer zu liefern haben. Die Erhöhung der Biersteuer ist schon angeordnet. Sie hält sich innerhalb annehmbaren Grenzen, wird aber vorderhand angesichts der eingeschränkten Erzeugung im Vergleiche zur Friedenszeit keinen Mehrertrag bringen, sondern nur die Staatsfinanzen vor weiterer Schädigung bewahren. Dasselbe gilt in allgemeinen auch von den andern Verzehrungssteuern. Weit höher können die Mehreinnahmen aus den Gebühren sein, wenn auch die neuen Sätze erst dann zur vollen Wirkung gelangen werden, wenn die Drosselung des geschäftlichen Verkehrs aufgehört hat. Bei

weitem den stärksten Mehrertrag werden die staatlichen Verkehrsanstalten, nämlich das Postwesen und die Staatsbahnen, abwerfen, und zwar trotz der Belastung für Produktion, Handel und Verbrauch mit um so größerem Rechte, als beide Verwaltungszweige bisher einen namhaften Ausfall aufweisen; belasten doch die Staatsbahnen das Budget mit einem jährlichen Zufluß von rund 150 Millionen Kronen.

Trotz der hohen Summe von rund 750 Millionen Kronen werden wir uns also genau genommen in den alten Geleisen bewegen. Härten werden nicht ganz vermieden werden können, zumal bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen auch eine altgewohnte Last oft schwer genug drückt, aber im ganzen bietet eine Erhöhung der Staatseinnahmen um weniger als ein Viertel noch nicht die schlimmste Ueberraschung. Wenn wir bedenken, daß die neuen Geldopfer eine Garantie für den Staatskredit, aber auch für den Privatbesitz bilden und daß diese Geldopfer in gar keinem Verhältnisse stehen zu dem Wertvollsten, das in freudiger Pflichterfüllung für das Vaterland hingegeben wird, dann wird die angekündigte Aktion volles Verständnis und Einverständnis finden.